

wollen. Dann ist es natürlich klar, dass sich die Menschen verschaukelt fühlen und auf die Straße gehen, Kolleginnen und Kollegen. Das zum Ersten.

Zum Zweiten. Es ist schon spannend, dass Herr Röttgen, im Gegensatz zur Schweiz, die in der Lage ist, drei verschiedene Standorte parallel zu prüfen – übrigens wie die meisten europäischen Staaten im Bereich Granitstein –, als einziger glaubt, er müsse nur einen, und dann auch noch einen Salzstandort prüfen, und meint, alles andere könne man machen, wenn sich erwiesen haben sollte, dass das nicht der richtige sei. Das ist gegenüber denjenigen, die betroffen sind, nicht fair und das ist nicht fair, um möglichst schnell zu einer Lösung in der Endlagerfrage zu kommen. Denn uns allen ist doch klar, dass man die Situation, wie sie im Moment ist, beenden muss. Dass man nicht die Traute hat, sich mit denjenigen anzulegen, die die größten Profiteure vom Wiedereinstieg in die Atomkraft sind, ist unerhört von Ihrem Landesvorsitzenden, um das noch einmal deutlich zu machen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und ein dritter Punkt: Der von mir manchmal durchaus geschätzte Bundestagspräsident Norbert Lammert – wir kommen aus der gleichen Heimatstadt –, zumindest rhetorisch öfter geschätzt, hat deutlich gemacht, dass er den Weg der Gesetzesfindung im Bundestag für eine Zumutung hält, und der deutlich gemacht hat, dass diese Arbeit nicht seinen Anforderungen an ordentliche Gesetzgebungsarbeit entspricht. Da geht es um den Weg dahin, aber es geht auch um die Frage der Beteiligung des Bundesrates.

Ich will Ihnen deutlich sagen: Der damalige niedersächsische Ministerpräsident, Christian Wulff, hatte schwerwiegende rechtliche Bedenken an der Stelle, ob eine Umgehung des Bundesrates in dieser Frage zulässig ist. Als Bundespräsident ist er zweifels- ohne jemand, der seinen Worten der Vergangenheit Bedeutung beimisst. Insofern wird er sich – ich bin mir sicher – sehr genau überlegen, ob er einem Gesetz, das auf einem unzumutbaren Wege, wie Bundestagspräsident Lammert sagt, zustande gekommen ist, seine Unterschrift geben soll. Wenn er das nicht tut, dann ist das eine kluge Entscheidung. Wenn er das tut, wird es eine Normkontrollklage – die wird es ohnehin geben, aber vielleicht ist sie ja überflüssig – vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe geben.

Ich bedanke mich bei der Ministerpräsidentin dieses Landes, dass wir als Nordrhein-Westfalen nach vorne gehen und andere den Weg mitbeschreiten: zu prüfen, ob eine Gesetzgebung, die so zustande gekommen ist, gegen den Willen der Menschen in Deutschland am Bundesrat vorbei realisiert werden kann. Wenn schon so viele in Ihren Reihen das anzweifeln, glaube ich und hoffe ich sehr, dass auch das Bundesverfassungsgericht zu dieser Überzeugung kommt. Dann gibt es wieder Ausstiegstrans-

porte, dann können wir wieder in einer anderen Art und Weise miteinander darüber reden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Weitere Wortmeldungen zur **Aktuellen Stunde** liegen nicht vor, liebe Kolleginnen und Kollegen, sodass ich diese hiermit **schließe**.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3 Streit in der Landesregierung endlich beenden, klares Signal für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen setzen!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/473 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung und erteile für den ersten Antragsteller Herrn Kollegen Wüst das Wort.

Hendrik Wüst (CDU): Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte ruft den ersten sichtbaren Großkonflikt der Minderheitsregierung, der bis heute schwelt, in Erinnerung. Ich will dazu kurz einige Zitate bringen.

Frau Ministerin Schulze sagte am 27. Oktober – enthalten in der „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ vom 28. Oktober –: „Wir müssen deutlich machen, dass wir die Industrie brauchen, dass wir Technik brauchen, dass wir die CO-Pipeline brauchen.“ Herr Minister Voigtsberger wird in der „Rheinischen Post“ vom 25. Oktober wie folgt zitiert: „Die CO-Pipeline ist notwendig.“ Und weiter: „Ja, das moderne, effiziente Kraftwerk ist ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz.“

(Rüdiger Sagel [LINKE]: „Zum Klimaschutz“ steht da!)

Dann gab es einen Rüffel von Frau Löhrmann und von Frau Kraft. Er sei zur Rede gestellt worden, wird geschrieben, scharf kritisiert worden. – Herr Voigtsberger, ich muss sagen: Das tut mir leid, denn Sie haben recht.

Im Ausschuss in der vergangenen Woche dann viel Schweigen, Nebelkerzen!

(Ministerin Sylvia Löhrmann lacht.)

– Dass Sie Herrn Voigtsberger jetzt auch noch auslachen, finde ich nicht angemessen, Frau Löhrmann.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Ich lache Sie an!)

Dann gab es Schweigen, Nebelkerzen, viel Geschwurbel. Aus dem Mediationsverfahren, Herr Voigtsberger, wurde das Angebot von Herrn Remmel: Gespräche müsse man jetzt endlich führen. – Auch das Ding wurde wieder in die Tonne getreten. Mediationsverfahren gibt es auch nicht mehr. Sie waren da etwas weniger trickreich als Herr Remmel bei seinem ganzen Geschwurbel. Der Rüffel scheint gesessen zu haben.

In der Sache ist aber bis heute nichts entschieden. Gewonnen sind im Grunde nur zwei Dinge: erstens ein ziemlicher tiefer Einblick in den Maschinenraum dieser Minderheitsregierung, der mich – das will ich ehrlich bekunden – auch ein bisschen überrascht hat. Ich habe geglaubt, dieses Geschwurbel im Koalitionsvertrag „Wir bauen nicht, wir reißen nicht ab“ – das kennen wir mittlerweile alles – und die Rücknahme der Novelle des Energiekapitels LEP hätten das Signal geben müssen – so habe ich es auch immer verstanden –: Aha, da gibt es einen geheimen Deal gegen das Kraftwerk in Datteln.

Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder hat man nicht allen Ministern und schon gar nicht dem zuständigen von diesem geheimen Deal erzählt, oder Sie haben sich um diese wichtige, wesentliche industriepolitische Frage für unser Land während der Koalitionsverhandlungen herumgedrückt – und nach kaum 100 Tagen ist Ihnen das Thema um die Ohren geflogen.

Dieser Einblick in den Maschinenraum war der erste Gewinn aus der Zeit, die jetzt wegen des Maulkorbs gegeben ist.

Der zweite Gewinn, der durch diesen Maulkorb entstanden ist, ist die Zeit für Klärungen. Wenn Sie es bisher schon nicht geklärt haben, können Sie es jetzt klären. Es geht um Klärung innerhalb der Grünen. Man kann im Internet die dollsten Sachen lesen, was es da für einen Zoff gibt. Im RVR kloppt man sich wie die Kesselflicker. Herr Rommelspacher steht in der Kritik, weil er nach Recht und Gesetz entscheiden will. Das alles ist garniert mit üppigem Personalgemauschel. Da scheint auch noch Arbeit zu sein. Das können Sie in der Zwischenzeit klären.

Klärung braucht aber auch Rot-Grün untereinander. Herr Remmel, ich finde es unangemessen, dass Sie hier vor wenigen Minuten von Hinterzimmermauscheleien gesprochen haben,

(Beifall von der CDU)

die auf der großen Bühne der Medien aufgeführt worden sind, da erst am Wochenende wieder ein Hinterzimmertreffen der roten und grünen Fraktionsspitzen dieses Landtags und des RVR stattgefunden hat. Es wäre übrigens angemessen, hier einmal darüber zu berichten, was das denn ergeben hat.

(Beifall von der CDU)

Also nutzen Sie die Zeit, die durch den Maulkorb für Herrn Voigtsberger gewonnen wurde, auch einmal zu der grundsätzlichen Klärung, die Sie während der Koalitionsverhandlungen offensichtlich unterlassen haben. Das gilt insbesondere für die Grünen. Ökoindustrie ist gut und schön. Aber wenn Sie einmal schauen, dass heute nur noch ein Bruchteil der in Deutschland installierten Solarpaneele in Deutschland hergestellt wird, dann stellen Sie fest, dass das allein wohl nicht reichen kann.

Nutzen Sie die Zeit zur Klärung. Was hat Vorrang? Die Probleme bei der CO-Pipeline sind deshalb so virulent, die Menschen haben deshalb so viel Angst, weil die Leitung so nah an ihren Häusern liegt. Und warum liegt sie so nah an ihren Häusern? Weil FFH-Gebiete wichtiger waren als Menschen! Das grenzt doch nah an Irrsinn.

Da hat Frau Schulze, finde ich, recht: man müsse eben deutlich machen, dass wir Industrie brauchen. – Genau das müssen Sie tun: Sie müssen es deutlich machen, auch die Grünen. Aber Sie tun das Gegenteil: Sie tun so, als gäbe es Windenergie ohne Leitungsbau; Sie tun so, als gäbe es Solarenergie ohne Speicher; Sie tun so, als gäbe es ein Energieland ohne Kraftwerke. Das sind Ihre Lebenslügen in der Industrie-, in der Energiepolitik. Nutzen Sie die Zeit, die Ihnen der Maulkorb für Herrn Voigtsberger verschafft hat, um sich in diesen Fragen ehrlich zu machen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für den zweiten Antragsteller jetzt Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bis heute fehlt ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen seitens der Landesregierung.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das stimmt nicht! Das steht sogar im Koalitionsvertrag!)

– Doch, Herr Kollege! – Nach den Vereinbarungen im rot-grünen Koalitionsvertrag und nach der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin ist dies aber auch keine Überraschung.

Frau Ministerpräsidentin Kraft hat seit ihrer Wahl das Wort „Datteln“ komplett aus ihrem Wortschatz gestrichen

(Thomas Eiskirch [SPD]: Quatsch!)

und versucht stattdessen, den Dissens innerhalb der Landesregierung mit freundlichem Lächeln zu übergehen.

In den vergangenen Wochen ist dann aber doch der Streit ausgebrochen – nachdem Wirtschaftsminister Voigtsberger all seinen Mut zusammengenommen

und das Kraftwerk Datteln als wichtigen Beitrag für den Klimaschutz gelobt hat.

(Thomas Eiskirch [SPD]: So war das bei euch früher?)

Als wichtigen Beitrag für den Klimaschutz!

(Beifall von der FDP)

Herr Minister, ich bin, ehrlich gesagt, sehr froh, dass Sie erkannt haben, dass die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen nicht nur aus Unternehmen besteht, die Subventionen erhalten wollen oder die gar in Staatsbesitz sind. Es hat mich richtig gefreut, dass Sie gesehen haben, dass es auch außerhalb der Staatswirtschaft in Nordrhein-Westfalen noch Unternehmen gibt.

Und was passiert darauf? – Die Grünen bekommen direkt Schnappatmung, und Frau Düker wird von der Leine gelassen. Sie ist jetzt leider auch wieder von der Leine und nicht hier im Raum.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Da sitzt sie doch!)

– Pardon! Entschuldigen Sie, ich hatte Sie eben hinten in den Reihen gesichtet, jetzt sind Sie vorne gelandet. – Sie waren über die Äußerungen von Herrn Voigtsberger irritiert und fanden sie absurd. Hört, hört!

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ich glaube, Sie sind irritiert!)

Meine Damen und Herren, richtig ist aber in der Tat, dass der nordrhein-westfälische Kraftwerkspark veraltet ist und viele Kraftwerke dringend ersetzt werden müssen. Machen wir das nicht, so bleiben die alten Kohlekraftwerke am Netz und werden weiter zu viel CO₂ ausstoßen. Datteln 4, meine Damen und Herren, erreicht eine Verbesserung der Umweltbilanz von rund 20 % gegenüber dem Status quo. Insofern, Herr Voigtsberger – ich sage es noch einmal –, haben Sie absolut recht: Das Kraftwerk ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, anstatt diesen harten Angriff der Grünen zu kontern und sich vor den Wirtschaftsminister zu stellen, passiert genau das Gegenteil. Um den grünen Koalitionspartner zu beruhigen, stellt Frau Ministerpräsidentin Kraft ihren Wirtschaftsminister für dessen Aussagen zur Rede und stützt ihn wieder schön auf die alten Phrasen der Landesregierung zurück.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der zittert schon wie Espenlaub!)

Meine Damen und Herren, dieser Friede währte allerdings nicht lange. Diesmal wagte sich Frau Ministerin Schulze positiv zur CO-Pipeline zu Wort. Als Innovationsministerin ist dies ja auch durchaus ihr Job, sich zu Zukunftstechnologien und Zukunftsinvestitionen zu äußern und diese zu loben. Als um-

weltpolitische Sprecherin der letzten Legislaturperiode sind ihr ja auch gerade die Sicherheitsmerkmale der Pipeline sehr gut bewusst. Wenn sie sich also nun positiv zur CO-Pipeline äußert, hat das einen gewissen Stellenwert – auch wenn sie das in ihrer Oppositionszeit so nie getan hat.

Für Ihre Aussagen zur CO-Pipeline hat Frau Ministerin Schulze unsere volle Unterstützung. Auch wir sind wie die IG BCE der Überzeugung, dass die CO-Pipeline für die Sicherheit des Standortes Uerdingen und seine 7.000 Arbeitsplätze unbedingt notwendig ist. Die Vernetzung von Industriestandorten ist ein wichtiger Standortvorteil, den es zu nutzen gilt, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Dabei erfüllt die Pipeline mit ihren zusätzlichen Sicherheitsmerkmalen die höchsten Sicherheitsanforderungen, die es weltweit gibt.

Alternativen sind nicht in Sicht. Man könnte das CO in Dormagen weiter abfackeln und damit den CO₂-Ausstoß billigend in Kauf nehmen. Das kann aber nicht das Ziel einer verantwortungsvollen Politik sein. Auch der Transport durch Lkws ist keine Alternative, zumal die CO₂-Bilanz ebenfalls miserabel sein dürfte.

Meine Damen und Herren, es ist also klar: Diese beiden Projekte sind für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen unverzichtbar und alternativlos. Daher erwarten wir ganz klipp und klar, dass diese Landesregierung und auch die Ministerpräsidentin sich eindeutig hinter die Aussagen ihrer beiden Minister stellen. Das erwarten wir auch heute in dieser Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Kollege Schmeltzer das Wort.

Rainer Schmeltzer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe gedacht, jetzt kommt ein Feuerwerk von CDU und FDP. Aber es scheint irgendwie noch nicht gezündelt zu haben, wenn man so hört, wie Sie unsere Ministerin und unseren Minister loben und das in Konsens bringen mit den Tadeln, von denen Sie glauben, dass die Ministerpräsidentin sie auf Herrn Voigtsberger hat niederprasseln lassen. Ich habe mir eben schon richtig Sorgen um Herrn Voigtsberger gemacht; er müsste zittern wie Espenlaub – nach dem, was Sie unterstellt haben, was im Kabinett alles vor sich geht. Ich glaube, Sie haben verkannt, dass der 11.11. erst morgen ist. Ansonsten war das ein humoristischer Beitrag, den Sie bisher sehr inhaltslos und flach gehalten haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Zunächst einmal stelle ich fest, nachdem ich den Antrag gelesen habe, dass Sie außer mit Ihrer innerparteilichen Auseinandersetzung in der letzten Zeit relativ viel Zeit auch mit der Zeitungslektüre verbracht haben. Ein Antrag mit so vielen Pressezitaten ist relativ selten. Dass Zeitungslektüre allerdings nicht unbedingt ausschließlich zu guten Anträgen taugt, will ich Ihnen gerne darlegen; dies zeigt Ihr Antrag aber auch von sich aus schon. – Ja, da gebe ich Ihnen recht: Wir begrüßen und unterstützen die Haltung von Minister Voigtsberger. – Das war es dann aber auch mit den Übereinstimmungen mit Ihrem Antrag.

Als ich den Antrag gelesen und die Rede von Herrn Wüst eben gehört habe, habe ich mich ernsthaft gefragt, ob es sich dabei um die durch die FDP von der CDU geforderte Klarstellung zu der Äußerung des neuen Vorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen handelt. Denn dieser Norbert Röttgen, dem Sie am Sonntag in Bonn noch zugejubelt haben, hat vor wenigen Wochen erst wortwörtlich gesagt, dass das Projekt der CO-Pipeline, so wie es begonnen wurde, keine Zukunft hat. – Es wäre fatal, sagte daraufhin Fraktionschef Gerhard Papke, wenn das die Haltung der Union sein sollte. Die Union müsse deshalb umgehend ihre Position klarstellen.

Das hat sie nun offensichtlich gemeinsam mit der FDP mit diesem Antrag getan – ob mit oder ohne Rückkopplung zu Herrn Röttgen, sei dahingestellt, aber garantiert ohne den Kollegen Clauser, wie der „Rheinischen Post“ von gestern zu entnehmen ist. Selbst bei eigenen Anträgen haben Sie von der Union offensichtlich keine geschlossenen Reihen, geschweige denn die von Herrn Röttgen geforderte Klarstellung in den eigenen Reihen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Klarstellung der Rest-CDU-Landtagsfraktion haben Sie in die Behauptung verpackt, in der Landesregierung sei ein Richtungsstreit über die Zukunft der Industrie- und Energiepolitik entbrannt.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Sie meinen, man müsse eine falsche Meldung nur oft genug wiederholen, dann glaubten alle, dass sie auch richtig sei.

Tatsächlich gibt es einen Richtungsstreit, genauer gesagt: einen fundamentalen Unterschied der Politik – nicht innerhalb der Koalition, sondern zwischen der neuen Landesregierung und der abgewählten alten Landesregierung. Das ist der Richtungsstreit, den wir an diesem Punkt hier im Lande austragen.

(Christian Möbius [CDU]: Ablenkungsmanöver!)

– Ausgerechnet Sie müssen von einem Ablenkungsmanöver sprechen, Herr Kollege. Sie schreien permanent nur dazwischen, haben aber noch keinen inhaltlichen Beitrag dazu gebracht.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU:
Und das aus Ihrem Munde!)

Die alte Landesregierung hat viele und mangelhafte rechtliche Grundlagen industrieller Vorhaben durch unhaltbare politische Beschlüsse zu kompensieren versucht. Genehmigungen wurden von Gerichten gekippt, weil die alte Landesregierung bei den industriepolitischen Projekten schlampig und arrogant gearbeitet hat. Die Gerichte nennen das „Abwägungsdefizite“ oder „Abwägungsunterlassungen“ – das ist Ihre Hinterlassenschaft beim Thema „Industriepolitik“.

(Beifall von der SPD)

Ich sage: Die alte Landesregierung hat so gehandelt, als könne Politik das Recht brechen. Die von ihr betreuten Projekte sind aus diesem Grund immer wieder vor Gericht abgeschmiert worden. Die Urteile des Oberverwaltungsgerichtes Münster zum Kraftwerk in Datteln und zur CO-Pipeline im Rheinland sind Hinterlassenschaften der alten Landesregierung. Von jedem Finger, mit dem Sie nun auf die neue Landesregierung zeigen, zeigen mindestens vier Finger auf Sie selbst zurück.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Sie versuchen, mit zweifelhaft populistischen Anträgen von fünfjährigem Unvermögen abzulenken. Das durchschauen nicht nur wir, sondern auch die Menschen hier im Land.

Die Projekte befinden sich nach den Urteilen in einer komplizierten Situation. SPD und Grüne haben sich im Koalitionsvertrag eindeutig darüber verständigt, wie wir damit umgehen werden. Die Position der Landesregierung ist völlig klar im Koalitionsvertrag festgeschrieben worden: Die Landesregierung selbst baut keine neuen Kraftwerke und reißt auch keine begonnenen Projekte ab. Sie wird deshalb den Vertrauensschutz dahin gehend gewährleisten, dass Projekte nicht in laufenden Verfahren durch Landesrecht schlechter gestellt werden als zum Zeitpunkt der Antragstellung. Die Landesregierung wird aber auch den Vertrauensschutz für Anliegerinnen und Anlieger nicht verschlechtern und schon deshalb Landesrecht nicht zugunsten begonnener Projekte verbiegen.

Und das, Herr Wüst, unterscheidet uns ganz deutlich: Sie reden hier davon, wir würden FFH-Gebiete vor die Menschen ziehen. Ja, wer hat denn die Menschen hier nicht mitgenommen? Wir nehmen sie mit! Sie haben das Recht so gegen die Menschen gebogen, wie Sie es haben wollten; das unterscheidet uns. Wir nehmen die Menschen mit, und somit nehmen wir auch die Anliegerinnen und Anlieger mit, die Sie im Regen stehen lassen.

(Beifall von der SPD)

Industrielle Produktion wird als wichtige Voraussetzung des Wohlstandes in NRW bezeichnet, deren Grundlagen – Wettbewerbsfähigkeit und Arbeits-

plätze – gesichert werden müssen. Wir wollen einen nachhaltig ausgerichteten Industrie- und Chemiestandort Nordrhein-Westfalen. Sorgen und Ängste der Menschen dürfen nicht weiter ignoriert werden, so wie es in den vergangenen fünf Jahren der Fall war. Das gilt auch bei der CO-Pipeline.

Auch die Arbeitsplatzsicherung an den Standorten hat für uns eine große Bedeutung. In diesem Zusammenhang wollen wir den bislang versäumten Versuch unternehmen, in Vermittlung zwischen Unternehmen und Betroffenen einen Dialogprozess und eine umfassende Problemlösung auszuloten. Dabei soll auch ein Ausbau der Produktion von Kohlenmonoxid am Standort Uerdingen geprüft werden. Beide zitierten Minister haben sich bei allen Gelegenheiten – im Parlament, den Ausschüssen und in der Öffentlichkeit – im Sinne des Koalitionsvertrages so geäußert.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das ist ja das Problem!)

– Das ist das Problem, dass sie sich im Sinne des Koalitionsvertrages geäußert haben; das glaube ich Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, CDU und FDP nehmen mit ihrem Antrag nicht nur interne Klarstellungen vor, sie versuchen auch, von ihrem eigenen Versagen in der letzten Legislaturperiode deutlich abzulenken. Sie offenbaren auch eine erschreckende Konzeptionslosigkeit in der Wirtschafts- und Industriepolitik dieses Landes. CDU und FDP reduzieren die Zukunft des Wirtschafts- und Industriestandortes Nordrhein-Westfalen letztlich faktisch auf die Entscheidung unabhängiger Gerichte über zwei große Industrieprojekte.

Es geht darum, Vertrauen zu schaffen. Sie haben uns im wahrsten Sinne des Wortes Baustellen in Datteln und um die CO-Pipeline hinterlassen. Die beste Wirtschaftsförderung des Landes wird ein Vertrauen schaffender Umgang mit den Investoren wie auch mit den betroffenen Anwohnern sein. Das haben Sie nicht gewollt und nicht durchgesetzt, wir aber werden alle Beteiligten mitnehmen.

Sie haben weder aus Ihrem eigenen Versagen noch aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gelernt. Sie tun immer noch so, als seien Wirtschaft und Umwelt gegeneinanderzustellen. Sie hatten und haben kein zeitgemäßes Konzept für nachhaltiges Wachstum. Sie erkennen nicht, dass Ressourcen- und Energieeffizienz zu Wachstumstreibern geworden sind. Sie halten starr an Ihrer überholten und widerlegten Vorstellung fest, Politik müsse im Zweifel Recht brechen, damit Industrie wachsen kann. Damit haben Sie genug Schaden für Wirtschaft und Industrie angerichtet. Deshalb gibt es nur eins, nämlich diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Schneckenburger das Wort.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Brockes, Sie sind von diesem Kabinett ja wirklich mächtig begeistert – ich weiß zwar nicht, ob das den Kolleginnen und Kollegen hier gefällt, mir jedenfalls gefällt es, dass Sie neuerdings von Rot-Grün so begeistert sind.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das werden wir uns merken und bei Gelegenheit auch gerne darauf zurückkommen.

Ansonsten haben wir uns hier mit einem Antrag auseinanderzusetzen, der vor allem eins ist: eine ausgesprochen billige und durchsichtige Inszenierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie über Industriepolitik sprechen wollen, könnte ich Ihnen eine ganze Reihe an Themen vorschlagen. Wir könnten zum Beispiel mal Bilanz ziehen, wie sich die Unternehmensstruktur in Nordrhein-Westfalen eigentlich entwickelt. Dann könnten wir vielleicht auch gemeinsam zur Kenntnis nehmen, dass im Gegensatz zu Ihnen ausländische Investoren diesem Industriestandort unter Rot-Grün eine ganze Menge zutrauen.

Ein Beispiel: Ansiedlung eines US-Unternehmens in Heinsberg, dort hat sich jüngst Edgetech niedergelassen. Vom japanischen Werkzeughersteller Makita gab es in Ratingen ein 30-Millionen-€-Investment. Der chinesische Maschinenbauer Sany Heavy investiert 20 Millionen € in Bedburg.

(Dietmar Brockes [FDP]:Und das waren Sie?)

– Nein, das waren nicht wir. Das ist das Zutrauen der Investoren in den Industriestandort Nordrhein-Westfalen, das sich an dieser Stelle widerspiegelt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zuruf von der CDU)

Das ist ein Standort, zu dem unterschiedlichste Branchen Vertrauen haben. Darum ist es eine ziemlich lächerliche und auch ziemlich substanzlose Schwarzseherei, wenn Sie hier die Erosion der industriellen Basis in Nordrhein-Westfalen an die Wand malen wollen – das Gegenteil ist der Fall.

Man könnte übrigens auch die Linien der Industriepolitik mal unter der Fragestellung diskutieren, wie Industriepolitik eigentlich angesichts des Klimawandels aussehen muss, angesichts von Ressourcenknappheit und angesichts eines jahrelang anhaltenden Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen. Aber Bereitschaft dazu bei Ihnen? – Fehlanzeige. Hier geht es überhaupt nicht darum, für den Wirtschafts-

und Industriestandort Nordrhein-Westfalen zu debattieren. Was Sie suchen, ist etwas ganz anderes. Sie suchen den Riss zwischen Rot und Grün. Aber ich muss Ihnen leider mitteilen: Tut mir leid, die Show fällt aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben offensichtlich viel Zeit – das wurde schon gesagt – und machen morgens immer eine akribische Zeitungsexegese: Was hat wer wie gesagt?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Schneckenburger, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Papke zulassen?

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Nein, diesmal nicht, Herr Papke, nächstes Mal wieder.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Och, Frau Schneckenburger!)

Ihr Ziel ist, die Landesregierung am Nasenring durchs Plenum zu führen; das wird Ihnen nicht gelingen.

Ich will Ihnen mal sagen, was eigentlich gelaufen ist. Sie haben die Baustelle Datteln nicht ordentlich aufgeräumt, sondern im Gegenteil eine Planungsrüine übergeben. Zu Datteln ist ein Bebauungsplan vor dem OVG Münster gescheitert, und zwar zu Ihrer Regierungszeit. Sie haben dem Unternehmen E.ON signalisiert, dass seine Kraftwerksplanungen so realisierbar sind. Als dann das Malheur passiert war, haben Sie im Nachgang nach der im Ruhrgebiet verbreiteten Maxime gehandelt: Was nicht passt, wird passend gemacht.

Sie haben versucht, das passend zu machen. Sie haben versucht, die Landesplanung an die Kraftwerksplanung anzupassen. Damit haben Sie den Vertrauensschutz der Bevölkerung, Recht nicht zu lasten der Menschen passend zu machen, untergraben. Das, meine Damen und Herren von CDU und FDP, erzeugt Investitionsunsicherheit bei den Unternehmen und Verfahrenskepsis bei den Menschen. Das ist der Stoff, aus dem vor Ort die Auseinandersetzungen um die Projekte gemacht werden. Das ist der Stoff, um den es am Ende geht.

Natürlich gibt es bei SPD und Grünen – das wissen Sie genauso gut wie wir – auch unterschiedliche Auffassungen über die Frage, welche Rolle Kohlekraftwerke auf dem Weg zu 100 % Erneuerbaren spielen. Wir sind zwei unterschiedliche Parteien; deshalb mögen unterschiedliche Auffassungen nicht verwundern. Aber – das ist der entscheidende Punkt, und deswegen klappt das, was Sie mit Ihrem Antrag versuchen, auch nicht – im Koalitionsvertrag ist ein gemeinsamer, konsensueller Weg in dieser Frage vereinbart worden, und diese Vereinbarung trägt auch.

(Beifall von Thomas Eiskirch [SPD])

Wir haben deutlich gemacht, dass Landesrecht für das Projekt nicht verbogen wird. Deswegen geht es auch um die Rücknahme des schwarz-gelben Entwurfs für den LEP-Teilplan Energie, der genau Landesrecht verbiegen wollte. Es geht auch um die Wiedereinführung des sogenannten Klimaschutzparagrafen in das Landesentwicklungsprogramm.

Zum Zweiten werden begonnene Projekte durch Landesrecht nicht schlechter gestellt als zum Zeitpunkt der Antragstellung. Das stellt den Vertrauensschutz für Investoren und den Vertrauensschutz für Anwohnerinnen sicher.

Nun kommen wir zur Pipeline, von der Sie in Ihrem Antrag ebenfalls sprechen. Sie beklagen den Niedergang des Industriestandorts. Sehr geehrte Damen und Herren von CDU und FDP, meine Fraktion und ich schließen sich dem an, was Minister Voigtsberger in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses schon gesagt hat. Auch Herr Wüst müsste das gehört haben, wenn er nicht gerade im Maschinenraum gewesen wäre. Der Minister hat gesagt: Die Pipeline ist ein Instrument, um ein bestimmtes Ziel, nämlich die Verfügbarkeit des Rohstoffs Kohlenmonoxid sicherzustellen. – Wichtig ist doch das Ziel. Man braucht diesen Rohstoff, um Kunststoffe herzustellen. Wichtig ist erst mal nicht das Instrument. Wenn das Instrument Probleme aufwirft, macht es Sinn, das Instrument zu überprüfen. Und wenn es andere Instrumente gibt, um das Ziel zu erreichen, braucht es diese Pipeline nicht.

Auch wir als Grüne sagen: Natürlich brauchen wir Kohlenmonoxid als Ressource. Aber, wenn es möglich ist, andere Wege zu finden, müssen diese anderen Wege auch ernsthaft geprüft werden. Genau das sieht der Koalitionsvertrag vor.

Im Übrigen finde ich, es wäre eine gute Aufgabe für Sie, Herr Wüst, dazu in Ihrer Fraktion eine einheitliche Meinung herzustellen. Herr Röttgen ist schon erwähnt worden; auch er hat erhebliche Skepsis, was die CO-Pipeline angeht. Die Auffassung des Kollegen Clauser, dem Antrag, den Sie heute vorgelegt haben, nicht zustimmen zu können, habe ich ebenfalls mit Interesse der Presse entnommen. Es gibt also noch nicht mal Zustimmung in den eigenen Reihen. Warum sagt er das? Er meint: Vor Ort sind Alternativen denkbar und möglich. – Ich glaube nicht, dass es bei ihm um das Sankt-Florians-Prinzip geht, sondern als Ingenieur weiß er, wovon er spricht.

Mit den Fragen bezüglich der CO-Pipeline sind wir also nicht alleine. Auch in der CDU gibt es Fragen genauso wie bei den 100.000 Anwohnerinnen und Anwohnern, die gegen die Pipeline unterschrieben haben. Darum ist es richtig, sich gemeinsam mit dem Unternehmen zu vereinbaren. Ihr heutiger Antrag erreicht das Ziel nicht. Sie wollen keine industrielle und keine wirtschaftspolitische Debatte führen,

Sie suchen den Riss in der Landesregierung. Tut mir leid, die Show fällt aus. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneckenburger. – Für die Fraktion Die Linke hat Herr Aggelidis das Wort.

Michael Aggelidis (LINKE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zur Industriepolitik der Landesregierung brauchen wir in der Tat mehr Klarheit. Spätestens seit den öffentlichen Äußerungen des Wirtschaftsministers Voigtsberger von der SPD stellen sich die Fragen: Gelten die Wahlversprechen oder die alten Seilschaften? Geht es um die Interessen der großen Mehrheit oder um die Interessen der Konzerne?

Hier ein Beispiel: Wie Sie wissen, will der Bayer-Konzern über ein Röhrensystem hochgiftiges Kohlenmonoxid zwischen den beiden Standorten Krefeld-Uerdingen und Dormagen transportieren. Das OVG Münster hat den Betrieb dieser CO-Pipeline zunächst einmal untersagt. Trotzdem besteht das Vorhaben weiter. Warum? Die Ängste der Anwohner um ihre Gesundheit und ihr Leben sind doch berechtigt. Selbst der Bauleiter von Bayer MaterialScience gibt an, dass schon bei einem 54 mm großen Loch mit bis zu 5 t Gasaustritt und einer Gaswolke von 800 m Durchmesser zu rechnen ist. Beim Verlauf der Pipeline sind aber an vielen Stellen die vorgeschriebenen 800 m Abstand von Wohngebäuden nicht eingehalten worden. Die Pipeline verläuft zudem unter Wohngebieten, öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten.

Über 110.000 Menschen haben sich mit ihrer Unterschrift gegen diese Pipeline ausgesprochen. Sie haben Angst um ihre Gesundheit und um die Gesundheit ihrer Kinder. Über 100 Kinder- und Jugendärzte haben sich in einem offenen Brief an den Landtag gegen die Pipeline ausgesprochen. Zusammen mit den Initiativen gegen die Pipeline sagt Die Linke: Sie darf nicht in Betrieb genommen werden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Auch das neue Kohlekraftwerk in Datteln ist gerichtlich gestoppt. Will die SPD es trotzdem weiterbauen lassen? Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn Sie eine sogenannte Industriepolitik mit ökologisch unverantwortlichen Großprojekten machen wollen, dann müssen Sie gemeinsam mit der CDU regieren. Die drohende Quittung dafür kennen Sie, nämlich die weitere Erosion Ihrer Wählerschaft.

Kommen Sie uns nicht mit dem sogenannten Argument der Arbeitsplätze und mit der Konkurrenzfähigkeit des sogenannten Industriestandorts NRW.

Auch moderne Kohlekraftwerke sind CO₂-Schleudern – zwar weniger als die alten Kohlekraftwerke, aber deutlich mehr als etwa mit Erdgas betriebene Kraftwerke, die man allenfalls als Brückentechnologie ansprechen könnte.

Wer die Klimaziele nicht gefährden will, darf nicht für den Bau neuer Kohlekraftwerke eintreten, die dann jahrzehntelang in Betrieb sind. Eine wirklich moderne Industriegesellschaft braucht die Dezentralisierung der Energieproduktion so nötig wie die systematische Einsparung von Energie.

Das gilt auch für die Gestaltung der erneuerbaren Energien. Wenn sich kapitalistische Konzerne auf die erneuerbaren Energien werfen, geschieht dies mit wahnwitzigen Großanlagen wie den Offshore-Windparks oder gigantomanischen Photovoltaikanlagen in der Wüste, deren Strom über Tausende von Kilometern transportiert werden muss.

Warum wohl, meine sehr verehrten Damen und Herren? – Weil nur solche Großanlagen und zentralistische Strukturen die Zusammenballung ihrer Wirtschaftsmacht sichern können. Mit einer Vielzahl kleiner Anlagen kann man keine monopolistischen Extraprofiten und keine Bevormundung der Bevölkerung erzielen.

Eine gesunde und lebenswerte Umwelt sowie die demokratische Kontrolle der Energieproduktion durch die Nutzerinnen und Nutzer sind aus meiner Sicht die Ziele einer modernen Industriepolitik. Zu der bekennen wir Linken uns. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Aggelidis. – Als nächstes spricht für die Landesregierung Herr Minister Voigtsberger.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Aber jetzt zur Sache, sonst wird Ihnen das Wort entzogen!)

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Wüst und Herr Brockes, das hatte eben etwas von Kabarett. Sie haben den Eindruck erweckt, als seien Sie bei jedem Interview dabei gewesen, als würden Sie bei der Frau Ministerpräsidentin unter dem Schreibtisch sitzen und alles mitbekommen.

(Heiterkeit – Minister Johannes Remmel: Oh ja! – Zuruf von der CDU: Der Platz ist durch Sie besetzt! – Weitere Zurufe)

Insoweit ist das schon ein bisschen skurril.

(Minister Johannes Remmel: Ein schönes Bild: Herr Brockes unterm Schreibtisch! – Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Da hätten Sie mich gern!)

Sie sollten, wenn Sie die Diskussion wirklich ernsthaft führen wollen, das nicht auf Basis von Zitaten machen,

(Dietmar Brockes [FDP]: Wenn nicht mit Zitaten, wie denn sonst? – Weitere Zurufe)

sondern die Diskussion suchen, wo sie geführt werden kann.

(Zurufe von der CDU)

Im Wirtschaftsausschuss hatten wir eine sehr gute und intensive Diskussion; Sie waren auch anwesend. Sie hat den gesamten Sachverhalt sehr deutlich gemacht.

Aber Sie bezweifeln, dass die Landesregierung insgesamt keine klare Linie zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen hat. Sie wissen natürlich genau, dass das nicht stimmt und Polemik ist. Ich kann Ihnen das noch einmal anhand des Koalitionsvertrags deutlich sagen. Darin wird eindeutig dazu Stellung genommen, dass die industrielle Produktion eine essenzielle Voraussetzung unseres Wohlstands ist. Die Stärkung unseres Industriestandortes ist deshalb ein wichtiges Ziel unserer Wirtschaftspolitik.

Um industrielle Produktion zu sichern und zu fördern, brauchen wir gute Rahmenbedingungen. Das ist gar keine Frage. Dazu gehört eine Infrastruktur, die auch unsere Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig sichert.

Gleichzeitig, meine Damen und Herren, müssen die Planung und Durchführung von Großprojekten – dabei habe ich den Eindruck, dass so langsam die Einschätzungen zusammenwachsen – mit allen Beteiligten im Gespräch bzw. im Dialog umgesetzt werden. Wir müssen Sorgen von Beteiligten ernstnehmen.

In dieser Hinsicht möchten wir und ich persönlich eine neue Kultur des gesellschaftlichen Dialogs auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite einen Dialog der Menschen praktizieren, die vor Ort betroffen sind.

Ich habe den Eindruck, dass sich diese Erkenntnis nach und nach durchsetzt. Herr Lammert spricht inzwischen ganz offen davon, dass das notwendig sei. Ich komme auch noch auf Ihren neuen Generalsekretär zu sprechen, der heute im Radio ein Interview gegeben hat. Da kann ich noch ein Zitat zufügen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, verzeihen Sie die Unterbrechung. Würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Papke zulassen?

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Ja, gerne.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger, für Ihre Freundlichkeit. – Da Sie – darauf bezieht sich meine Frage – gerade jede Vermutung zurückgewiesen haben, es gäbe innerhalb der Regierungskoalitionen einen Dissens in der Industriepolitik, darf ich Ihnen die Frage stellen, ob Ihnen folgende Äußerungen der Landesvorsitzenden der Grünen bekannt sind

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ist sie jetzt in der Landesregierung?)

und ob Sie diese Äußerungen – ich lese Ihnen die beiden Sätze gleich gern vor – tatsächlich als Ausdruck der Übereinstimmung in Ihrer Koalition betrachten.

Der erste Satz von Frau Düker, den ich mit Erlaubnis der Präsidentin vorlesen darf, lautet:

„Mit Irritationen nehmen wir die Äußerungen von Wirtschaftsminister Harry Voigtsberger zu industriepolitischen Projekten in Nordrhein-Westfalen auf.“

Der zweite Satz bezieht sich sowohl auf die CO-Pipeline als auch auf Datteln 4: „Die Grünen vertreten in beiden Punkten eine andere Haltung.“

(Zuruf von der SPD: Das ist keine kurze Zwischenfrage!)

Wollen Sie, Herr Wirtschaftsminister, dem Landtag Nordrhein-Westfalen allen Ernstes verkaufen, diese Äußerungen vonseiten der Landesvorsitzenden der Grünen seien Ausdruck der Übereinstimmung innerhalb der rot-grünen Regierung in der Industriepolitik?

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Dr. Papke, ich möchte Ihnen das in meinen weiteren Ausführungen beantworten. Das wird dabei sehr deutlich werden.

(Zuruf von der CDU: Dann haben Sie Zeit zum Nachdenken!)

Ich sage Ihnen noch einmal: Machen Sie keine Anträge und Diskussionen auf der Basis von Interviews und Zeitungsberichten.

(Heiterkeit von der LINKEN – Dietmar Brockes [FDP]: Wie denn dann? – Weitere Zurufe)

– Deswegen diskutieren wir in Ausschüssen und können uns das Ganze live gegenseitig vortragen. Das haben wir gemacht.

(Zuruf von der FDP: Handeln war aber nicht!)

Da haben Sie leider gefehlt, Herr Dr. Papke. Ansonsten hätten Sie vielleicht – das hat auch Frau Schneckenburger gesagt – mitbekommen, wie die Einschätzung zu den Projekten ist.

Aber lassen Sie mich zu einem bestimmten Projekt, nämlich zum Kraftwerk Datteln, kommen. Auch dazu gibt es klare Positionen, die ich sowohl hier als auch an anderen Stellen schon mehrfach vorgetragen habe und die sich im Kern nicht geändert haben. Denn wir sehen – das schließt an die Diskussion zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt an – unsere Zukunft nach wie vor in der nachhaltigen Energieversorgung, im Ausbau erneuerbarer Energien – darüber sind wir uns immer einig –, in der Senkung des Energieverbrauchs – auch darüber sind wir uns alle einig –, in der Effizienzsteigerung und in der Einsparung.

Neue fossile Kraftwerke – das alles können Sie Wort für Wort im Koalitionsvertrag nachlesen – dürfen nicht im Widerspruch zum Ausbau der erneuerbaren Energien geraten, sondern sollen diesen Ausbau sinnvoll ergänzen. Es gibt also keinen Kreuzzug gegen Kohlekraftwerke oder Ähnliches, auch wenn Sie versuchen, das hier permanent hochzuhalten.

(Beifall von der SPD)

Wichtig ist, dass diese sich in den gesamten Kontext der Energiepolitik einfügen. Dass diese Kraftwerke den verbindlichen planungsrechtlichen Vorgaben folgen müssen, ist selbstverständlich. Auch darauf können wir uns sicherlich verständigen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir gehen davon aus, dass das Kraftwerksvorhaben in Datteln unter den Vorgaben des zum Zeitpunkt der Antragstellung geltenden Rechts beurteilt wird. Das haben Sie immer wieder kritisiert. Aber dazu stehe ich nach wie vor: Ich halte es für richtig, dass wir solchen Verfahren nicht das Recht hinterbiegen, sondern dass von Anfang an klare Verhältnisse notwendig sind, und zwar für alle Beteiligten. Für den Vorhabenträger auf der einen Seite muss Vertrauensschutz gelten, aber auf der anderen Seite natürlich auch für die Anwohner in Datteln. Auch das ist im Prinzip nichts Neues.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie ziehen sich immer auf Zitate zurück. Wir gehen davon aus, dass momentan auch hocheffiziente Kohlekraftwerke zum Energiemix gehören. Zurzeit bauen wir einige davon in Nordrhein-Westfalen problemlos. Wir brauchen sie, bis wir die Energieversorgung über erneuerbare Energien sicherstellen können. Man muss sehen, wann man das erreicht, vielleicht 2040 oder 2050. Herr Lienenkämper hat es gerade auch noch einmal betont.

Kommen wir zu Datteln. Problematisch an Datteln ist doch nicht, dass es nicht hocheffizient wäre. Technisch ist es das natürlich. Bei „Datteln“ gibt es das Problem, dass bei der Realisierung gegen mehrere rechtliche Vorgaben verstoßen worden

ist. Meine Damen und Herren, das haben Sie zu verantworten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist nicht mein Problem gewesen, sondern Sie haben das durch Ihre Verfahren in den jetzigen Zustand überführt.

Ich komme jetzt dazu, wie man mit solchen Projekten insgesamt umgeht: Herr Wittke hat heute Morgen im Radio gesagt, das Durchpeitschen großer Projekte wie etwa „Datteln“ und der „CO-Pipeline“ sei ein großer Fehler gewesen. Das dürfe in dieser Form nicht mehr passieren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das heißt: Ihr Generalsekretär, erklärt zu diesen beiden Projekten, dass durch diese Form des Verfahrens – er spricht von „durchpeitschen“ – Fehler passiert seien. Dieses Durchpeitschen baden wir und ich ganz persönlich heute aus.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Klar ist, dass Fehler passiert sind, die Sie heute auch erkennen. Vielleicht würden Sie die heute auch so nicht mehr machen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Da wäre ich mir nicht so sicher!)

Wir versuchen, wie gesagt, das Ganze in einer Art und Weise weiter zu behandeln, dass es für alle Beteiligten transparent und vernünftig läuft. Insoweit ist auch Ihr Antrag ein Fehler. Würden Sie mich irgendwo loben, Herr Brockes, würde ich mich dafür sehr bedanken. In einem Plenum wie hier, in dem ich genau weiß, was Sie erreichen wollen, ist das vielleicht nicht ganz so ehrlich gemeint.

Zur CO-Pipeline: Auch in dem Zusammenhang ist der Koalitionsvertrag eindeutig. Die Sorgen der Betroffenen sind hier einige Male angesprochen worden. Die nehmen wir ernst. Mir geht es durchaus auch um Arbeitsplätze in diesem Land. Können nämlich die Menschen in diesem Land nicht mehr die Zuversicht haben, dass ihr Anliegen auch ein Anliegen der Regierung ist, hätten wir ein richtiges Problem. Ich sage Ihnen: Arbeitsplätze in diesem Land sind für mich ein ganz, ganz wichtiger Punkt!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ob die mittlerweile fertiggestellte CO-Pipeline tatsächlich in Betrieb genommen werden kann, entscheiden nicht ich oder Sie, sondern wir alle wissen, dass das inzwischen die Gerichte entscheiden. Dort liegt das an. In diese Gerichtsverfahren können wir nicht eingreifen. Wir müssen das Ergebnis abwarten.

Im Zusammenhang mit der CO-Pipeline hat sich die Erfahrung umgesetzt, dass wir bei solchen Industrieprojekten die Sorgen und Fragen der Beteiligten und Betroffenen viel, viel ernster nehmen müssen. Es ist genau diese Landesregierung, die versucht,

durch eine Vermittlung zwischen Unternehmen und Betroffenen einen Dialogprozess in Gang zu setzen, um einen umfassenden Lösungsversuch anzustoßen. Frau Schneckenburger hat schon gesagt: Wichtiges Anliegen ist es eigentlich, dass an bestimmten Produktionsstätten ein bestimmter Rohstoff ankommt.

Moderne hochfeste Kunststoffe haben einen Rohstoff, nämlich Kohlenmonoxid. Mit diesem Kohlenmonoxid an die jeweiligen Werkstätten und Verarbeitungssorte kommt, ist eine Frage nach der Möglichkeit. Diese Frage müssen wir untersuchen. Wenn ein bestimmter Weg nicht möglich ist, herrscht nicht plötzlich Stillstand, sondern dann müssen wir nach Alternativen suchen. In diesen umfassenden Prozess wollen wir mit allen Betroffenen einsteigen. Das halte ich für ein richtiges und vernünftiges Vorgehen.

Eigentlich hätte man das schon vor drei, vier Jahren initiieren müssen, Herr Dr. Papke. Vielleicht sähe die Welt dann heute völlig anders aus. Man hätte vielleicht ganz andere Lösungen gefunden.

Sie sehen: Die Landesregierung steht zu einer nachhaltigen und zukunftssicheren Industrie- und Standortpolitik. Dieses klare Signal möchte ich immer wieder an die Menschen geben. Auch heute ist, glaube ich, deutlich geworden: Niemand muss befürchten, dass wir – wie es hier behauptet wurde – in einem alten Spiel mit alten Kartellen in Hinterzimmern Entscheidungen treffen. Ganz im Gegenteil: Alles kommt offen auf den Tisch, wird offen und transparent diskutiert. Die Beteiligten werden einbezogen. Dann werden wir gute Lösungen finden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Voigtsberger, Ihre abschließenden Sätze sind allerdings mit Zweifel zu versehen, denn das, was Sie als Ihr Anliegen formuliert haben, ist in Ihrem Handeln nicht wiederzuerkennen. Es ist nämlich nicht zu erkennen, dass diese Koalition gemeinsam nach Lösungen sucht, sondern diese Koalition sucht nach möglichst wenig Streit, um letztendlich ihre Koalition zu retten, die von den Linken mit toleriert wird. Das findet zurzeit in diesem Land statt, aber keine aktive Industriepolitik.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Nehmen Sie zur Kenntnis: Wir tolerieren nicht!)

Wenn Sie, Herr Voigtsberger, erklären, dass die alte Landesregierung Datteln zu verantworten habe,

dann sage ich Ihnen: Ja, natürlich ist in der Zeit unserer Landesregierung Datteln vorangetrieben worden. Wenn es möglich gewesen wäre, in der Zeit von der Übernahme der Regierung in 2005 bis zum Urteil in Münster Datteln in dieser Form entstehen zu lassen, dann wären wir wahnsinnig schnell gewesen. – Es ist so, dass hier mehrere im Hause vertretene Parteien Verantwortung tragen – Rot und Grün im Übrigen genauso.

Es gibt einen Gebietsentwicklungsplan, eine Geburtsurkunde für Datteln 4, und die Hebammen haben unterschrieben. Die heißen Horstmann, Vesper und Höhn. Meine Damen und Herren, auch das gilt es hier einmal festzuhalten.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Erweiterung des Baus! Nicht Neubau! Immer genau bleiben! Keine Neubaufäche!)

Und jetzt so zu tun, Herr Eiskirch, als hätte man mit nichts etwas zu tun, ist schäbig. Sie machen es sich ein bisschen zu einfach.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Im Übrigen, Herr Eiskirch und Herr Voigtsberger: Die CDU – und ich gehe davon aus, dass das auch für die FDP gilt – wird Sie unterstützen, wenn Sie nach Wegen suchen, um Datteln 4 im Lichte der Hinweise des Urteils zu ermöglichen. Wir werden Sie dabei unterstützen. Die Frage ist nur: Wollen Sie es wirklich?

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist die Frage!)

Und diese Frage, die man mit einem großen Fragezeichen versehen muss, ist nicht beantwortet.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie, Herr Schmeltzer, haben Herrn Röttgen zitiert, obwohl Sie vorher sagten, man solle nicht alles glauben, was in den Zeitungen stehe. Das gebe ich an dieser Stelle gerne an Sie zurück.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein, das habe ich nicht gesagt! Drehen Sie mir die Worte nicht im Munde um! Sie zitieren falsch!)

Sie als Oberzwischenrufer der SPD sollten an der Stelle auch einmal zuhören können

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ich wäre schon froh, wenn Sie zuhören könnten!)

und versuchen, Zitate – vielleicht sogar die eigenen – zu werten. Dann kämen Sie vielleicht ein Stückchen weiter.

Sie, Herr Schmeltzer und Frau Schneckenburger, haben von Vertrauensschutz gesprochen. Sie haben davon gesprochen, dass sich die Betroffenen, die Anlieger und Anliegerinnen, letztendlich auf Planungen, auf Gesetze verlassen können müssen. Ja, das ist so. Aber gilt das nur für die Kraftwerksanlieger, oder gilt das auch für Anlieger von Windkraftanlagen? – Denn diesen haben Sie gesagt, dass Sie

die Mindestabstände radikal reduzieren werden. Sie werden also die alten Konflikte, die wir vor 2005 hatten, wieder herbeiführen. Menschen werden sich durch diese Anlagen genauso belästigt fühlen wie durch andere Dinge, die Sie beispielsweise im Zusammenhang mit der Kraftwerkssituation in den Raum stellen.

Also, was gilt denn nun? Gibt es schlechte Abstände? Gibt es gute Abstände? Gibt es die ökologischen Abstände? Gibt es die zu verurteilenden Abstände zu Industrieanlagen? – Sie müssen schon wissen, was Sie wollen, und Sie müssen es definieren.

Sie haben davon gesprochen, dass Sie die alte rechtliche Situation wieder herbeiführen wollen. Sie sprachen davon, dass die gleichen Regeln wie zu Beginn des Verfahrens gelten sollten. Sie wollen also den alten § 26 LEPro wieder einführen. Ich habe das in einer der letzten Debatten schon einmal zur Kenntnis gebracht: In § 26 LEPro stand, dass überwiegend einheimische oder regenerierbare Energieträger eingesetzt werden sollten.

(Minister Johannes Remmel: „Und“!)

– „... oder regenerierbare Energieträger ...“ oder „... und regenerierbare Energieträger ...“.

(Minister Johannes Remmel: „Und“!)

Damit könnten wir auch noch leben, Herr Remmel. Darüber brauchen wir uns nicht zu streiten.

(Minister Johannes Remmel: Genau zitieren!)

Einheimische Energieträger bedeutet aber Braunkohle und Steinkohle.

Der einheimische Energieträger Steinkohle – das bestreitet hier im Hause niemand, und Herr Römer wird dafür auch Kronzeuge sein können – wird seit 2001 in höherer Menge in das Land eingeführt als durch uns selbst gefördert. Wie also kann man einen Paragraphen einhalten, der aufgrund der Forderung, die man stellt, nicht einzuhalten ist? Wie kann man im Übrigen eine Forderung in einen Paragraphen hineinschreiben, der man gemäß dem Koalitionsvertrag selbst nicht mehr entsprechen will?

Denn der Koalitionsvertrag sagt doch deutlich: Wir wollen bei der Braunkohleverstromung Effizienzgewinne, damit wir keine neuen Tagebaue brauchen. Keine neuen Tagebaue heißt Ausstieg aus der Braunkohle. Sie schreiben ein Ziel in Ihr Koalitionspapier hinein, und gleichzeitig formulieren Sie eine Anforderung an ein Gesetz, das – sofern man Sie ernst nehmen soll – nicht zu erreichen ist. Also, wenn Sie ernst zu nehmende Politik in diesem Land machen wollen, dann müssen Sie sich erst einmal darüber klar werden, was Sie wirklich wollen. Sie dürfen nicht in der Art und Weise agieren, wie Sie es zurzeit tun.

Und wenn es dann darum geht, wie offen man mit Politik umgeht, wie offen Politik gegenüber den Menschen eigentlich ist, dann komme ich zum RVR. Dann komme ich zu Herrn Rommelspacher, der Anfang September seine Meinung in der Regionalversammlung nicht äußern durfte. Dann komme ich dazu, dass es dort für Herrn Rommelspacher und mittlerweile auch für Minister Maulkörbe gibt, damit der Koalitionsfrieden erhalten bleibt. Dann stelle ich fest, dass man das, was man bei „Stuttgart 21“ heute zelebriert – dort werden ein Moderationsprozess und Offenheit gefordert –, aufgrund des Machtgerangels im RVR für überhaupt nicht notwendig hält. Da geht es um Posten. Da geht es um Einfluss. Es geht aber keinesfalls um offene Informationen darüber, was man dort wirklich tut.

Denn eines ist klar: Sie können im Internet nachlesen, wie Grüne über Vorgänge im RVR intern verwaltungstechnisch diskutieren. Es sind Vorgänge, die den Parlamentariern im RVR nicht bekannt sind. Die Vorlagen stehen den Parlamentariern nicht zur Verfügung. Ist das die geforderte Offenheit? Ist das der offene Dialog, den Rot-Grün führen will, wenn es um die eigenen Machtansprüche, wenn es um den eigenen Machterhalt geht?

Also, mehr Scheinheiligkeit als in der heutigen Debatte zur Atomsituation und zu den Industriestandorten habe ich in diesem Hause noch nicht erlebt. Es ist schon fadenscheinig, wie Sie hier auftreten, um deutlich zu machen, dass Sie angeblich einen industriellen Kern in Ihrer Politik haben. Diesen haben Sie allerdings nicht. Vielmehr verschrecken Sie Investoren und behindern Investitionen. Nur, Sie können es nicht offen klären, weil Sie sich innerhalb der Koalition nicht einig werden. Es ist aber zum Schaden des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir wollen dazu beitragen, dass Nordrhein-Westfalen ein Industriestandort bleibt. Die CDU-Fraktion wird jeden Beitrag dazu leisten, der dafür notwendig ist. Dazu bedarf es aber, dass diejenigen, die in diesem Hause Verantwortung tragen, erst einmal auf einen industriepolitischen Weg zurückkehren, der deutlich macht, was sie wollen. Es darf nicht sein, dass die politisch Verantwortlichen in engen koalitionären Hinterzimmerzirkeln Kompromisse aushandeln,

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das war Frau Merkel!)

die keine klare industrielle Richtung Nordrhein-Westfalens erkennen lassen.

Herr Eiskirch, ich schätze Sie im privaten Umgang sehr, aber das ist ein Mangel, den Sie abstellen müssen. Wenn Sie ihn abstellen können, sind wir jederzeit bereit, über die richtigen Wege für Nordrhein-Westfalen zu diskutieren.

Und eines bleibt auch wahr: Es gibt keine schlechten Atomtransporte. Es gibt keine guten Atomtransporte. Es gibt aber notwendige Atomtransporte.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Und es gibt nicht notwendige Atomtransporte!)

Und eines sage ich Rot-Grün auch von dieser Stelle aus: Selbst wenn wir die Standortfrage Gorleben noch einmal neu aufmachen und uns um einen anderen Standort bemühen müssten, würde auch an diesem neuen Standort Widerstand entstehen, an dessen Spitze sich wieder Rot-Grün finden würde. Auch Sie werden, wenn Sie – es ist von Kompromiss und gemeinsamen Zielen die Rede gewesen – diese Wege beschreiten und aussteigen wollen, zum Schluss transportieren müssen. Auch Sie werden dann dafür sorgen müssen, dass Atomtransporte möglich sind.

Die Gleichen, die sich heute auf die Straße gesetzt haben, werden dann wieder verteidigen müssen, dass es Atomtransporte gibt. Es ist verlogen, wie man hier vorgeht. Das ist im Übrigen auch keine konsensuale Politik, die letztendlich dazu dient, in der Bundesrepublik nach Jahrzehnten endlich wieder eine gemeinsame Energiepolitik zu definieren.

(Zurufe von Monika Düker [GRÜNE] und Reiner Priggen [GRÜNE])

Wir könnten dies, weil es eine gemeinsame Zielsetzung gibt. Es gibt eine gemeinsame Zielsetzung aller Parteien: Ausstieg aus der Atomenergie. Das Einzige, über das wir uns unterhalten, ist eine Differenz von zwölf Jahren. Daraus machen Sie eine fundamentale Diskussion, als ginge es hier um den ewigen Weiterbetrieb von Atomkraftwerken.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie sind nicht in der Lage und nicht willens, Frau Düker, nach einem Kompromiss zu suchen, der möglich wäre. Ihnen geht es um kurzfristigen politischen Erfolg. Es ist im Prinzip ein Armutszeugnis, dass Sie bei gleicher Zielsetzung nicht in der Lage sind, sich auf einen möglichen Kompromiss einzulassen.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte abschließend darauf hinweisen, dass die antragstellende Fraktion die beiden Punkte einzeln abgestimmt haben möchte, damit alle noch einmal in sich gehen und fragen können, ob sie zumindest Teilen zustimmen können. Das werden wir als Angebot hier noch einmal machen. Vielleicht kommen Sie ja doch noch zu der Erkenntnis, dass wir alle ein gemeinsames Ziel haben, insbesondere dann, wenn man weiß, dass man dann, wenn man in die Verantwortung für die Lösung von Problemen kommt – siehe Zitate Trittin 2001 –, plötzlich das Gleiche, das man heute kritisiert, wieder verteidigen muss. Viel Vergnügen dabei! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Hovenjürgen. – Als Nächstes spricht für die SPD-Fraktion Herr Eiskirch.

Thomas Eiskirch (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Hovenjürgen, mit Ihrem doch etwas engagierteren Redebeitrag haben Sie den Kollegen Wüst, der diesen Antrag hier eingebracht und verteidigt hat, deutlich in den Schatten gestellt. Als Herr Kollege Wüst und Herr Kollege Brockes gesprochen haben, habe ich mich schon gewundert und dachte: Mensch, jetzt machen sie einen solchen wegweisenden Antrag, mit dem sie deutlich machen wollen, dass es in dieser Landesregierung knallt, und tragen das so vor, als hätten sie eine November-Depression. Ich war etwas überrascht, muss ich ehrlich sagen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ist es Ihre Aufgabe, andere zu bewerten? – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das müssen gerade Sie sagen, Herr Papke!)

– Herr Papke, Sie können gleich reden. Sie haben doch gerade schon eine ausführliche Zwischenfrage gestellt.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Nicht nur beim Kollegen Brockes, sondern auch bei anderen Kolleginnen und Kollegen scheint der Platz unter dem Tisch beliebt zu sein. Herr Kollege Wüst wollte wissen, wann wir uns denn auf welcher Ebene treffen und was rund um Datteln besprochen wird. Herr Kollege Hovenjürgen hat so getan, als hätte er unterm Tisch gegessen, und gesagt, wer angeblich alles einen Maulkorb bekommen hat. Als ich dabei war, hat niemand einen Maulkorb bekommen. Mich überrascht da alles.

(Zurufe von der CDU)

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Erstens. Die beiden von Ihnen in Rede stehenden Projekte sind chaotisierte Baustellen, die wir von Ihnen übernommen haben. Das sind nicht unsere Baustellen, das sind Ihre Baustellen.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Und Sie ändern nun die Verkehrsführung!)

Zweitens. Wir nehmen die von Ihnen gegebene Hinterlassenschaft an und werden versuchen, sie in vernünftigen, an der Sache orientierten und die Menschen mitnehmenden Verfahrenswegen so zu begleiten – in Kenntnis dessen, dass über beide Projekte, Minister Voigtsberger hat es eben schon gesagt, nicht von Ihnen und von uns, sondern am Ende von Gerichten entschieden werden –, dass die Gerichte eine vernünftige Entscheidungsgrundlage haben, auf der die Projekte ermöglicht werden

können. Darüber, ob das hinterher gelingt, entscheiden die Gerichte und nicht wir.

In die Situation, dass das so ist und die Verfahren so kompliziert geworden sind, haben Sie uns geführt und nicht wir, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Bei Datteln haben wir sehr frühzeitig angemahnt, nicht an Gesetzen rum zu manipulieren, wenn Ihnen der Richter – ich mag es einmal bildlich – sagt: Da ist ein Projekt, das aufgrund Ihrer lockeren Art und Weise „Wir kriegen das schon irgendwie geregelt“ acht Messer im Rücken hat. Dann ziehen Sie eins raus und erwarten, dass das Projekt wieder wie ein junger Gott durch die Gegend springt. So funktioniert das nicht, Kolleginnen und Kollegen. Da muss man genauer ran. Da muss man sich jeden einzelnen Punkt angucken: Wie kann man dafür Sorge tragen, dass es wieder eine Basis gibt, auf der Gerichte hinterher eine Entscheidung so begründen und treffen können, dass wir alle, diejenigen, die ein Projekt wollen, oder auch diejenigen, die ihm kritisch gegenüberstehen, einen ordentlich abgewogenen Interessensausgleich vorfinden, der aus meiner Sicht nach Möglichkeit zur Realisierung dieses Projektes führen wird. Da gibt es den Unterschied. Das ist völlig unstrittig.

Wir sagen, wir wollen, dass das Projekt realisiert wird, wissen aber nicht, ob das nach dieser Vorgeschichte vor Gericht funktionieren kann. Andere sagen, wir wollen lieber, dass es nicht klappt, müssen aber damit leben, wenn es funktioniert. So einfach ist die Welt. Das ist im Koalitionsvertrag deutlich beschrieben. Den Weg werden wir gehen, um es noch einmal deutlich zu machen.

Mir erscheint es als ein Ausdruck von Hilflosigkeit, wenn die Oppositionsfraktionen in diesem Landtag mit uns nicht über irgendwelche Konzepte nach vorne gerichtet diskutieren wollen, sondern sich daran festbeißen, zu gucken, ob es einen Dissens geben könnte, und dann noch bei Projekten, die Sie vorher versaubeutelt haben. Das ist wirklich eine Unverfrorenheit. Das kann ich nicht anders sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Kollege Hovenjürgen, wir beide tragen nicht nur hier, sondern auch im RVR gemeinsam Verantwortung, zumindest für die Begleitung dieses einen Projektes. Nachdem ich in der Zeitung gelesen habe, dass der Kollege Hovenjürgen jetzt den Weg eines Zielabweichungsverfahrens gehen möchte, war ich völlig überrascht. Als wir das in der letzten Legislaturperiode vorgeschlagen haben, war das aus Ihrer Sicht noch ein ganz untauglicher Weg. Ich bin begeistert. Dann schauen wir doch, ob es nicht irgendwann in diesem Prozess – nicht jetzt, irgendwann in diesem Prozess – gut begründet eine Möglichkeit gibt, einen solchen Weg zu gehen. Dann gucken wir, was man gemeinsam bewerkstelligen kann oder nicht.

Ich würde mich freuen, wenn wir hier über Zukunftsprojekte für dieses Land nach vorne gerichtet miteinander diskutieren können und nicht ausschließlich darüber, dass wir versuchen müssen, Regeln dafür zu finden, um das, was Sie an Chaos hinterlassen haben, mit einem möglichst guten Ende nicht nur für diesen beiden Projekte, sondern für die industriepolitische Basis in diesem Land wieder aufzuräumen.

Ich sage Ihnen noch einmal – das habe ich an anderer Stelle auch schon getan –: Sie versündigen sich an dem Industriestandort, wenn Sie weiter den Popanz aufbauen, dass diese Projekte das Synonym für Industriefreundlichkeit oder -feindlichkeit im Land Nordrhein-Westfalen wären. Das könnten Sie tun, wenn bisher alles sauber und korrekt gelaufen wäre. Aber das war nicht der Fall, sondern Sie haben das Verfahren so chaotisiert, dass man es nicht zu einem Synonym machen darf. Damit versündigen Sie sich in den Fällen, in denen Gerichte aufgrund Ihres Verfahrensvorlaufs Projekte negativ bescheiden müssen. Sie sollten es sich dreimal überlegen, ob Sie so für die Zukunftsfähigkeit des Landes sorgen und Investoren anlocken wollen.

Sie glauben, den Streit zwischen uns, den es überhaupt nicht gibt, immer wieder anpackeln zu müssen.

(Heiterkeit von der CDU)

Sie versuchen immer, eine Lunte zu legen. Ich sage Ihnen, warum: Nach den Vorgeschichten von Datteln und Waltrop – das haben Sie versaubeutelt – wäre es der politische Super-GAU für Sie, wenn es Rot und Grün gelingen sollte, einen Weg zu finden, auf dem ein Gericht vielleicht positiv und in geordneten Bahnen über ein solches Verfahren entscheiden könnte. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Eiskirch. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Eiskirch, dass Sie zum Schluss ausdrücklich noch einmal betont haben, es gebe keinen Streit zwischen SPD und Grünen in dieser Frage, nachdem ich dem Wirtschaftsminister vorhin die Äußerungen von Frau Düker vorgelesen habe, ist nicht mehr nachvollziehbar. Lesen Sie denn keine Zeitung, Herr Kollege?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie lesen ja nur Zeitung!)

Ich kann Ihnen die Äußerungen von Frau Düker aus der „Rheinischen Post“ gerne zukommen lassen. Es hat wenig Sinn, wenn Sie etwas leugnen, was Frau

Düker in einem Interview zu Protokoll gegeben hat.
– Das nur vorab.

(Beifall von der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben – wie die Öffentlichkeit in Nordrhein-Westfalen insgesamt – etwa drei Monate gewartet, bis sich der Wirtschaftsminister erstmals einigermaßen klar zu den zentralen Industrieprojekten CO-Pipeline und Datteln 4 geäußert hat. Wir haben uns – Herr Kollege Brockes hat darauf hingewiesen – sehr gefreut, dass sich der Wirtschaftsminister zu beiden Projekten klar bekannt hat. Das war längst überfällig.

Aber es ist symptomatisch, meine Damen und Herren, dass es nur wenige Stunden gedauert hat, bis die Landesvorsitzende der Grünen dem Wirtschaftsminister öffentlich in die Parade gefahren ist und ihn in aller Öffentlichkeit abgekanzelt hat wie einen dummen Schuljungen. Das ist doch die Realität.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Herr Wirtschaftsminister, ... Ich möchte Ihr Gespräch nicht stören.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Können Sie gar nicht!)

Ich bewundere die Fröhlichkeit, mit der Sie hinnehmen, wie die Grünen öffentlich mit Ihnen umgehen, kann Ihnen aber nur sagen: Es wird auf Dauer nicht gut gehen, wenn Sie sich in Ihrem ureigenen Verantwortungsbereich im Sinne nordrhein-westfälischer Industrieinteressen zu Recht äußern und dann erleben müssen, dass die Grünen Sie dafür öffentlich abwatschen und Sie weder von der eigenen Ministerpräsidentin noch aus der eigenen Fraktion Unterstützung bekommen. So etwas funktioniert nicht. Ein Wirtschaftsminister, ein Industrieminister braucht die Unterstützung der eigenen Ministerpräsidentin. Die hatten Sie in dieser Frage nicht. Ich kann nur wiedergeben, was in mehreren Zeitungen stand, die, glaube ich, ordentlich recherchiert haben: Die Ministerpräsidentin hat Sie nicht unterstützt.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft begrüßt alle anwesenden Minister zu ihrer Rechten, zuerst Minister Harry Kurt Voigtsberger, mit einer Umarmung. – Zurufe von der CDU: Hui!)

– Das ist ja ein schönes Zeichen der Solidarität, aber die Faktenlage war anders. Die Ministerpräsidentin hat Sie aufgefordert, ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft begrüßt alle anwesenden Minister zu ihrer Linken mit einer Umarmung. – Heiterkeit und Beifall von der CDU und von der FDP)

– Ich warte vielleicht noch die Begrüßungstour der Ministerpräsidentin ab. Ich freue mich auch, dass

Sie jetzt da sind, Frau Ministerpräsidentin. Das ist schön.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Soll ich zu Ihnen kommen?)

– Das machen wir hinterher.

Zur Sache – das hat überhaupt nichts mit einer humoristischen Einlage zu tun –: Die Ministerpräsidentin hat den Wirtschaftsminister nicht unterstützt. Sie hat ihn aufgefordert, in Zukunft derart positive Äußerungen zu Datteln 4 und zur CO-Pipeline zu unterlassen.

Herr Kollege Römer, wo war denn eigentlich die SPD-Fraktion? Als die Grünen Ihren Wirtschaftsminister – da lachen Sie auch noch so fröhlich; das finde ich bemerkenswert – öffentlich ...

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Dr. Papke, verzeihen Sie bitte die Unterbrechung, aber Sie müssen zum Schluss kommen.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

... in den Senkel gestellt haben, ist aus Ihrer Fraktion kein einziges Wort der Verteidigung gekommen. Das ist kein Zeichen von innerparteilicher Solidarität, Herr Kollege Römer. Ich kann Ihnen nur sehr empfehlen, den Wirtschaftsminister, wenn er den Mut hat, die Industrieinteressen Nordrhein-Westfalens zu vertreten – das hat er angekündigt; wir werden ihn dabei unterstützen –, dann nicht im Regen stehen zu lassen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Dr. Papke.

(Zuruf von der SPD: Feierabend!)

Dr. Gerhard Papke (FDP): Oder wollen Sie Herrn Voigtsberger in Zukunft den Angriffen der Grünen einfach so aussetzen wie in der Vergangenheit?

(Unruhe und Zurufe von der SPD)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Es spricht jetzt für die Fraktion Die Linke Herr Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Linke – das hat mein Kollege Aggelidis gerade schon deutlich gemacht – will eine nachhaltige Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen. Ich glaube, eine Industriepolitik wollen alle in Nordrhein-Westfalen – zumindest erklären sie das –; ob diese nachhaltig ist, ist die

andere Frage. Bei einigen hier im Raum hat man zumindest den Eindruck, dass von Nachhaltigkeit nicht die Rede sein kann. Was Sie von CDU und FDP in den vergangenen Jahren in Datteln angestellt haben, sieht man jetzt, wo das Ganze vor Gericht gelandet ist.

Fakt ist, dass CDU und FDP versuchen, Honig für eine völlig vermurkste Politik zu saugen, die sie in den letzten Jahren gemacht haben. In der Tat ist es aber auch ein merkwürdiges Schauspiel, das wir bei SPD und Grünen in den letzten Wochen zu den Themen CO-Pipeline und Kohlekraftwerk Datteln erlebt haben.

Ehrlicherweise muss man sagen: Das ist kein Wunder; denn der Koalitionsvertrag hat viele Dinge nur mühsam verkleinert und mit Formelkompromissen überdeckt. Das ist auch die Realität und gehört zur Wahrheit. In dem Koalitionsvertrag steht sehr wenig Konkretes.

Es ist kein Wunder, dass sich die Grünen jetzt auf einmal veranlasst sehen, nachdem diese Äußerungen des SPD-Wirtschaftsministers und von Frau Schulze als Wissenschaftsministerin offensichtlich gemacht worden sind, das Ganze als absurd zu kennzeichnen, wie es die Grünen-Vorsitzende Düker getan hat. Da ist sehr deutlich geworden, dass dieser mühsam verkleinerte Kompromiss, der sich im Koalitionsvertrag wiederfindet, eben nicht einfach zu verkleinern ist, sondern diese Dinge natürlich irgendwann auch ans Licht der Tagesoberfläche gelangen.

Was mich eher überrascht hat, war, dass das so schnell passiert. Ich war schon überrascht, dass einige ihre persönliche Meinung offensichtlich nicht hinter dem Berg halten konnten und entsprechende Äußerungen gemacht haben. Das gilt insbesondere für den Wirtschaftsminister und die Wissenschaftsministerin, denn die haben letztlich dafür gesorgt, dass es zu diesen Turbulenzen zwischen Rot und Grün gekommen ist.

Das macht aber auch deutlich, dass der Spagat, der da versucht wird, in der Realität nicht so ganz funktioniert. Insbesondere der grüne Spagat zwischen verbalen Ankündigungen immer auf der einen und realer Politik auf der anderen Seite ist ausgesprochen schwierig.

Wir haben das schon in Hamburg bewundern dürfen, wie das da mit dem Kohlekraftwerk Moorburg war, wo jetzt unter grüner Ägide die größte Dreckschleuder Europas gebaut wird.

Selbstverständlich ist es kein Wunder, wenn das in Nordrhein-Westfalen jetzt auch ein Thema ist, bei dem die Grünen ziemlich unruhig werden und dann auch derartige Äußerungen fallen.

Das gilt vor allem, wenn dann noch der grüne Kollege Rommelspacher auf einmal deutlich macht, dass es offensichtlich möglich ist, mit dem Zielabwei-

chungsverfahren – ich kannte dieses Wort auch nicht, denn das ist ja eine neue Begrifflichkeit, die sozusagen das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat – dieses Kohlekraftwerk dann doch zu bauen.

Ja, noch lachen die Grünen, aber wir werden das alles in Zukunft erleben, wie das so weitergeht. Wir werden vermutlich ja noch die Möglichkeit haben, das ein bisschen länger zu erleben.

Dass jetzt versucht wird, mit einem neuen Klimaschutzgesetz das Ganze mühsam erneut zu überdecken, mag vielleicht jetzt etwas kurzfristig über die Zeit retten, aber mehr auch nicht. Das muss man so deutlich sagen. Ich bin sehr gespannt darauf, wie das Ganze in Zukunft weitergehen wird.

Wir erleben das auch an anderer Stelle. Wir haben vorhin schon die Debatte über die Castortransporte geführt. Bei Herrn Trittin als grünem Umweltminister waren es gute Castortransporte. Jetzt sind es wieder schlechte Castortransporte. Deswegen sitzen die Grünen jetzt auch – zumindest teilweise – wieder mit auf der Straße. Aber das hilft natürlich über die Zeit letztlich nicht hinweg.

Wir werden in Kürze erleben, wie es mit Stuttgart 21 weitergeht, wenn es denn zu einer grünen Beteiligung an der Landesregierung oder sogar einem grünen Ministerpräsidenten kommen sollte. Darauf bin ich sehr gespannt. Das wird eine sehr spannende Geschichte werden. Der jetzige Fraktionsvorsitzende rudert schon heftig zurück, was Stuttgart 21 und den Abriss des Bahnhofs und den Bau des neuen unterirdischen Bahnhofs angeht. Das wird alles sehr spannend.

Es stellt sich die Frage, welche Richtung die Landesregierung zukünftig in der Industriepolitik einschlägt und ob wir hier eine Fortsetzung der Rot-Grünen-Turbulenzen erleben. Die großen Herausforderungen stehen noch an. Es bleibt sehr spannend.

Ich bin da, glaube ich, mit meiner Meinung nicht allein. Es wird sehr interessant, wie sich gerade die Grünen verhalten. Denn eines ist deutlich geworden – das sage ich nicht allein –: Das wird auf Dauer so nicht funktionieren, auf der einen Seite hier Projekte anzukündigen und dann, wenn es real wird, auf der anderen Seite dagegen auf der Straße zu sitzen. Diese Art von Spagat wird zunehmend entlarvt werden. Wir sind sehr gespannt, wie das weitergeht.

(Ralf Witzel [FDP]: Nicht einmal die Linken klatschen!)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Sagemel. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Rimmel.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten

Damen und Herren! Die Opposition unternimmt heute nicht zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode diesen durchsichtigen Versuch. Offensichtlich haben Sie bei Machiavelli nachgeschaut. *Divide et impera* – teile und herrsche – ist sattem bekannt. Aber Sie haben sich noch nicht einmal große Mühe gemacht. Sie haben hier etwas grobschlächtig vorgetragen und eben nicht filigran, um einen Keil zwischen die Regierungskoalition zu treiben und sie zu spalten. Aber – das kann ich Ihnen hier sagen – das wird Ihnen nicht gelingen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der Opposition.

Vielleicht sollten Sie erst einmal Ihre eigenen Widersprüche klären. Herr Wüst hat zwar den Antrag vorgestellt, er ist aber wohl nicht mehr im Raum. Ich vermute, er muss mit seinem Nachfolger die Sprachregelung abklären, wie das denn nun gemeint ist, dass man ab jetzt die Projekte nicht mehr durchpeitschen will. Dass passt nicht so ganz mit der Antragstellung zusammen. Insofern verstehe ich, dass es da Abstimmungsbedarf gibt. Es wäre schön, wenn Sie dann im Landtag auch eine gemeinsame Position vortragen könnten, wie denn die CDU zukünftig zu solchen Fragen steht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Uns jedenfalls werden Sie an dieser Stelle nicht treffen können.

Wir haben – das ist in der heutigen Debatte deutlich geworden – im Koalitionsvertrag den Fahrplan und den Umgang deutlich festgelegt. In Bezug auf Datteln sind hier die Zitate gefallen. Wir bauen keine neuen Kraftwerke. Wir reißen auch keine ab. Wir gewähren Vertrauensschutz für laufende Verfahren, für Antragssteller und Anwohner.

Die Landesregierung und die Landtagsfraktionen werden deshalb den Rechtszustand wiederherstellen, der bei Antragsstellung durch E.ON bzw. durch die Vorhabenträger bestand. Wir haben dann auf dieser Grundlage für die Antragsstellerinnen und Antragssteller und Behörden zu prüfen, wie die Vorhaben realisiert werden können und ob sie realisiert werden können.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Verzeihen Sie, Herr Minister, die Unterbrechung. Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Brockes?

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich will den Gedanken erst zu Ende führen. Dann gestatte ich gerne die Frage.

Noch einmal zum Mitschreiben: Wir werden den Versuch der alten Landesregierung zur Legalisierung der Planungsabsichten durch nachträgliche Anpassung des Rechts nicht durchgehen lassen.

Jetzt können Sie mir gern Ihre Frage stellen.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Herr Minister Rimmel, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben gerade gesagt, dass es eine einheitliche Position in der Landesregierung gibt. Das heißt ja dann, dass Sie dem Wirtschaftsminister Voigtsberger zustimmen. Er hat gesagt, dass das Kraftwerk in Datteln einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz leistet. Deshalb meine Frage: Stimmen Sie dem Wirtschaftsminister in dieser Aussage zu?

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Brockes, ich habe das vorgetragen. Ich kann auch gern noch einmal zitieren, was im Koalitionsvertrag steht. Das ist die Leitlinie

(Zurufe von der FDP – Ralf Witzel [FDP]: Beantworten Sie die Frage! Das hilft nicht weiter!)

der Landesregierung. Das, was Herr Kollege Voigtsberger hier eben vorgetragen hat, ist die Leitposition der Landesregierung so wie sie im Kabinett verabredet worden ist. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

(Ralf Witzel [FDP]: Wollen Sie Datteln oder nicht?)

Es wäre schön, wenn Sie die Frage beantworten würden. Wir haben es hier ja mit zwei Projekten zu tun, bei denen schon höchste Gerichte entschieden haben: zu Datteln das Oberverwaltungsgericht und das Bundesverwaltungsgericht. Aber auch zur CO-Pipeline haben schon Verwaltungsgerichte und Oberverwaltungsgerichte entschieden.

Ich finde es etwas befremdlich, wenn immer wieder das politische Wollen in das Zentrum der Diskussion gestellt, aber ignoriert wird, dass es Gerichtsentscheidungen dazu gibt. Der Respekt vor diesen Gerichtsentscheidungen verlangt, dass wir uns den Aufträgen widmen, die diese Gerichte gegeben haben. Damit das allen klar wird, möchte ich aus der OVG-Entscheidung vom 3. September zitieren:

Der Bebauungsplan ist zudem unter mehreren Gesichtspunkten fehlerhaft und verstößt deshalb gegen § 1 Baugesetzbuch. Es ist zu einem nahezu vollständigen Abwägungsausfall gekommen.

Bitte hören Sie zu: Abwägungsausfall!

In der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts zur CO-Pipeline hat das Gericht geschrieben, dass die Vorhaben von den Behörden einfach abgenickt worden sind.

Was sichert den Industriestandort mehr, was schafft mehr Sicherheit bei Investorinnen und Investoren: das einfache politische Wollen, welches vielleicht zu schnellen Verfahren führt, oder das tatsächliche Können und Dürfen auf der Grundlage der Abwägung nach Recht und Gesetz? – Die Position dieser

Landesregierung hierzu ist eindeutig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Weil es im Protokoll zu vermerken ist, will ich auf die Position im Koalitionsvertrag hinsichtlich der CO-Pipeline hinweisen. Wir haben darin festgehalten:

„Die Beschlüsse der Verwaltungsrichte haben Sicherheitsmängel deutlich gemacht. Sie haben darüber hinaus Abwägungsdefizite des Gesetzes bei der Gemeinwohlorientierung festgestellt. Damit ist die Verfassungsmäßigkeit des Rohrleitungsgesetzes infrage gestellt. ... Es wurde mit einer Vielzahl von Planungs- und Ausführungsfehlern sowie mit einer defizitären Kommunikationsstrategie dazu beigetragen, dass vorhandene Zweifel an einem sicheren Betrieb der CO-Pipeline stetig verstärkt worden sind.“

Wir wollen

„den bislang versäumten Versuch unternehmen, in Vermittlung zwischen Unternehmen und Betroffenen einen Dialogprozess und eine umfassende Problemlösung auszuloten. Dabei soll auch ein Ausbau der Produktion von Kohlenmonoxid am Standort Uerdingen geprüft werden.“

Das ist ein Zitat aus dem Koalitionsvertrag. Nicht mehr und nicht weniger. Unser Auftrag ist es, die Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen und unser Programm und unsere Vorstellungen abzuarbeiten.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, bitte kommen Sie zum Schluss.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich möchte den Gedanken noch fortführen.

Wir diskutieren zwar über allgemeine Wollensfragen, beschäftigen uns aber nicht mit den tagesaktuell abzuarbeitenden Fragestellungen. Wir hatten beispielsweise einen neuen Bombenfund in der Nähe der CO-Pipeline, obwohl der Kampfmittelbeseitigungsdienst festgestellt hat, dass es nahezu keine Notwendigkeit gibt, weitere Prüfungen durchzuführen. Diese Frage muss von den Behörden beantwortet werden. Wir haben nach wie vor einen Baustopp.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, Sie müssen jetzt wirklich zum Schluss kommen.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich glaube, die Redezeit für die Landesregierung ist nicht begrenzt, wenn ich richtig informiert bin.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Ich entschuldige mich ausdrücklich dafür. Das war hier anders notiert.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich möchte diese Gedanken deshalb vortragen, weil sie uns vielleicht auf den Boden dessen zurückholen, wo wir zurzeit handeln müssen.

Wir haben bei der CO-Pipeline aktuell einen Baustopp. Tatsache ist, dass die Unterlagen, die das Unternehmen beibringen muss, und die Antworten auf die Fragen bisher nicht vorliegen. Deshalb existiert dieser Baustopp.

Des Weiteren haben wir an vielen Stellen ein Planänderungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung abzuarbeiten. Auch diese Frage steht im Raum und muss erledigt werden.

Das sind tagesaktuelle Fragen, die Verwaltung, Behörden und Ministerien erledigen müssen. Deshalb entbehrt es einer allgemeinen politischen Debatte des Wollens. Wir müssen eher an das Können und an Recht und Gesetz denken.

Es ist auch Aufgabe der Landesregierung, einen Dialogprozess durchzuführen, wie wir ihn vereinbart haben. Mein Haus bereitet diesen derzeit vor. Außerdem sind die notwendigen Evaluierungen durchzuführen, die der Gesetzgeber aufgegeben hat. Darüber hinaus wird es, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, eine Prüfung geben.

Der zentrale Irrtum der alten Landesregierung bestand darin, zu meinen, es reiche eine möglichst hochrangige Befürwortung dieser Projekte, um ihre Durchsetzbarkeit zu sichern. – Das ist mitnichten der Fall. Diese Einstellung ist blind dafür, dass über die Realisierbarkeit politischer Vorhaben nicht Bekenntnisse des Landtages, politischer Parteien oder der Landesregierung entscheiden, sondern letztendlich Recht und Gesetz. Daran halten wir uns. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit überzogen. Möchte noch jemand Stellung nehmen? – Herr Dr. Papke. Es handelt sich insgesamt um drei Minuten. Da sie davon vorhin schon rund eineinhalb Minuten aufgebraucht haben, sind es noch eineinhalb Minuten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin, mit Verlaub: Eine derartige Verrechnungsmethode, die

Sie gerade eingeführt haben, wäre ein Novum im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall und Zurufe)

Das können Sie im Präsidium klären.

Ich habe mich noch einmal kurz zu Wort gemeldet, um einen Punkt zu Herrn Minister Remmel zu sagen. Was er im staatsmännischen Tone vorgetragen hat, entspricht überhaupt nicht der Realität in einer Koalitionsregierung, die in der Industriepolitik zutiefst zerstritten ist.

Frau Ministerpräsidentin, wir haben alle nachgelesen, was etwa die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ über das Treffen im Haus von Frau Höhn in Oberhausen recherchiert hat. Ausgerechnet bei Frau Höhn setzte sich Anfang letzten Monats die gesamte Spitze der Grünen zusammen und beriet, so schreibt Herr Schraven. Er ist für seine gute Recherche wirklich bekannt. Er schreibt, dass die Spitzengrünen, darunter auch ihr eigener Umweltminister, den RVR-Planer Rommelspacher – jetzt hören Sie gut hin – drängten, irgendwelche Verfahrensfehler zu benennen, um das Kraftwerk zu blockieren.

(Zurufe: Hört, hört! – Weitere Zurufe)

Das ist die Realität hinter den scheinbar staatsmännischen, abgewogenen Auftritten Ihres Umweltministers.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Ralf Witzel [FDP]: Alles nur scheinheilige grüne Fassade!)

Er sitzt hinter den Kulissen mit anderen Grünen zusammen und überlegt, wie er Datteln 4 torpedieren kann, Frau Ministerpräsidentin. Das ist die Realität.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Weil Herr Rommelspacher gesagt hat, das würde er wohl im Zielabweichungsverfahren nicht blockieren können, sind die jetzt auf den Dreh mit dem Klimaschutzgesetz gekommen. Es gibt doch schon die ersten Signale, dass die Eckpunkte, die sie im Kabinett hatten, instrumentalisiert werden sollen, um Datteln 4 doch noch aufzuhalten.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist das! – Ralf Witzel [FDP]: Alles nur grüne Verhinderungstaktik!)

Das ist die Realität. Es gibt eine Regierung, die in fundamentalen Fragen der industriellen Zukunft unseres Landes zutiefst zerstritten ist. Glauben Sie nicht, Frau Ministerpräsidentin, dass Sie durch solche Auftritte wie heute insbesondere von Herrn Remmel diesen tiefen Riss in Ihrer Regierung auf Dauer werden zukleistern können. Das wird nicht funktionieren. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Papke. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 15/473 – Neudruck**. Die antragstellenden Fraktionen haben um direkte Abstimmung gebeten und getrennte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über die beiden Ziffern.

Wer möchte **Ziffer I** zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Fraktionen von CDU und FDP haben dafür, die Fraktionen von SPD, Grünen und Linken haben dagegen gestimmt. Damit ist Ziffer I **abgelehnt**.

(Dietmar Brockes [FDP]: Der Minister hat keine Unterstützung gehabt!)

Wer stimmt **Ziffer II** zu? – Danke. Gegenstimmen? –

(Einige Abgeordnete der CDU-Fraktion stimmen gegen diesen Punkt. – Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Danke. – Bis auf vier Abgeordnete der CDU-Fraktion haben die Fraktionen von CDU und FDP der zweiten Ziffer zugestimmt. SPD, Grüne und Linke haben dagegen gestimmt. Damit ist Ziffer II **abgelehnt**.

Von vier Abgeordneten der CDU-Fraktion wurde dem Sitzungsvorstand eine **Erklärung zur Abstimmung gemäß § 46 Abs. 2 Geschäftsordnung** übergeben. Die Erklärung wird dem Protokoll beigelegt (*siehe Anlage*). Es handelt sich um die Abgeordneten Clauser, Dr. Droste, Giebels und Ratajczak.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Damit ist der Antrag in beiden Punkten abgelehnt.

Wir kommen zu:

4 Unnötige Castortransporte vermeiden – am Atomausstieg festhalten

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/253 – Neudruck

Zur Eröffnung der Beratung erteile ich für die antragstellende Fraktion der SPD Herrn Stinka das Wort.

(Unruhe)

André Stinka (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aktualität des Antrags